Vorlage Nr. 19/407-L
für die Sitzung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
am 30.08.2017

„Drittes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes“

A. Problem

In ihrer Sitzung am 15.06.2017 hat die Bremische Bürgerschaft (Landtag) den Senat aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem der Landesmindestlohn durch eine dynamische Verweisung an den jeweils geltenden Bundesmindestlohn angekoppelt und auf ein eigenständiges System der Anpassung verzichtet wird.

B. Lösung

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen legt den in der Anlage beigefügten Gesetzentwurf vor. Mit dem beigefügten Gesetzänderungsentwurf soll entsprechend dem Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) vom 15.06.2017 eine Angleichung in der Höhe zwischen dem Landesmindestlohn und dem Bundesmindestlohn erreicht werden. Gleichzeitig soll das bisher vorgesehene Verfahren zur Festlegung des Landesmindestlohnes unter Einbeziehung der Landesmindestlohnkommission aufgegeben werden. Infolge des Verzichts auf ein eigenständiges Festsetzungsverfahren für den Landesmindestlohn ist die gemäß § 9 Abs. 1 Landesmindestlohngesetz vorgesehene Rechtsverordnung über den Mindestlohn nach dem Landesmindestlohngesetz aufzuheben.

Parallel dazu werden (mit der Vorlage 19/386-L) Änderungen des Tariftreue- und Vergabegesetzes vorgeschlagen. Diese dienen dazu, notwendige Aktualisierungen aufgrund der Reform des Vergaberechts auf Bundesebene umzusetzen und eine Verbesserung der Kontrollpraxis der Sonderkommission Mindestlohn herbeizuführen. Durch den Gesetzentwurf wird aufgrund eines entsprechenden Verweises im Tariftreue- und Vergabegesetz auch der bremische Vergabemindestlohn angepasst. Im Übrigen wird auf die weiteren inhaltlichen Ausführungen in der Gesetzesbegründung verwiesen.

C. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Aus dem Gesetzentwurf ergeben sich keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen. Erst im Falle einer Erhöhung des Mindestlohnes infolge der Erhöhung des Bundesmindestlohnes aufgrund der neu gefassten Vorschrift würden finanzielle Folgekosten eintreten. Personalwirtschaftliche Auswirkungen sind nicht erkennbar.

Eine belastbare Aussage zur Genderrelevanz des Gesetzentwurfes kann nicht getroffen werden. Aus statistischen Daten ergeben sich Hinweise, dass die Einführung des Bundesmindestlohnes zu einer Verringerung des Gender Pay Gap geführt hat. Eine Relevanz des Landesmindestlohnes in Bezug auf geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede im Land Bremen kann nicht festgestellt werden. Es liegen keine Daten zur Verbreitung des Landesmindestlohnes vor, die einen konkreten Schluss darauf zulassen, dass ein Geschlecht von den Regelungen des Landesmindestlohngesetzes stärker betroffen wäre.

D. Negative Mittelstandsbetroffenheit

Die Prüfung nach dem Mittelstandsförderungsgesetz hat keine qualifizierte (negative) Betroffenheit für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen ergeben.

E. Beschlussvorschlag

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt nach Beratung dem *Dritten Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes* zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) das *Dritte Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes* zu beschließen.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, das *Dritte Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes* dem Senat mit der Bitte um Zustimmung und Einbringung in die Bremische Bürgerschaft (Landtag) vorzulegen.

Anlage

Entwurf „Drittes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes“

Drittes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes Vom XX.XX.2017

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Änderung des Landesmindestlohngesetzes

Das Landesmindestlohngesetz vom 17. Juli 2012 (Brem.GBl. S. 300 – 2043-b-1), das zuletzt durch Gesetz vom 30. August 2016 (Brem.GBl. S. 509) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 8 wird aufgehoben.
2. § 9 wird wie folgt gefasst:

„§ 9

Höhe des Mindestlohnes

Die Höhe des Mindestlohns entspricht der jeweils geltenden Höhe des Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz in Verbindung mit der Mindestlohnanpassungsverordnung. Er beträgt jedoch mindestens brutto 8,84 Euro je Zeitsunde.“

Artikel 2

Aufhebung der Verordnung über den Mindestlohn nach dem Landesmindestlohngesetz

Die Verordnung über den Mindestlohn nach dem Landesmindestlohngesetz vom 23. September 2014 (Brem.GBl. S. 403) wird aufgehoben.

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Bremen, den

Der Senat

Begründung zum Dritten Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes

Der bremische Gesetzgeber hat 2012 das Landesmindestlohngesetz beschlossen, um Niedrig- und Armutslöhnen entgegenzuwirken. Zu einem Zeitpunkt, als die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes auf Bundesebene nicht durchsetzbar war, verabschiedete Bremen als erstes Bundesland eine Mindestlohnregelung, die nicht auf die Vergabe öffentlicher Aufträge beschränkt war.

Unter Berücksichtigung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Arbeitsrecht und Ausschöpfung seiner eigenen legislativen Kompetenzen verpflichtete der Landesgesetzgeber die Freie Hansestadt Bremen, die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, die von ihnen zu beeinflussenden öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen, Empfänger von Zuwendungen im Sinne von § 23 der Landeshaushaltsordnung sowie Leistungserbringer nach dem Sozialgesetzbuch zur Zahlung eines gesetzlichen Mindestentgeltes. Ziel des Gesetzgebers war es, Zuwendungsempfänger und sonstige Begünstigte öffentlichen Handelns zu verpflichten, ihren Beschäftigten einen Lohn zu zahlen, der einem sozialen Mindeststandard entspricht. Bremen hat damit Initiative gegen die Ausweitung des Niedriglohnsektors und für eine Stabilisierung des Tarifsystems ergriffen.

Seit dem 01.01.2015 gilt in Deutschland grundsätzlich ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn. Dieser beträgt derzeit 8,84 €. Damit liegt der Bundesmindestlohn gegenwärtig über dem Landesmindestlohn von 8,80 €. Die Fortgeltung der Höhe nach differenzierender Landesmindestlohnbestimmungen neben einem Bundesmindestlohn ist nicht wünschenswert. Regional differenzierende Mindestlohnbestimmungen waren ursprünglich gerade nicht beabsichtigt. Ziel muss vielmehr eine einheitliche gesetzliche Lohnuntergrenze sein. Als gesetzlicher Mindeststandard lässt der Mindestlohn Raum für weitergehende tarif- oder individualvertragliche Regelungen. Diesem Zweck kann ein einheitlicher bundesweit geltender Mindestlohn am besten entsprechen.

Mit dem Gesetzentwurf wird eine Angleichung der Stundensätze zwischen Landes- und Bundesmindestlohn erreicht.

Das bremische Landesmindestlohngesetz hat jedoch bei der Einbeziehung von Jugendlichen unter 18 Jahren und von Langzeitarbeitslosen einen weitergehenden Anwendungsbereich als das Bundesmindestlohngesetz. Daher sollen Bundes- und Landesmindestlohnregelungen ausschließlich in der Höhe – ohne Abstriche an den auf Landesebene erreichten Standards – einander angeglichen werden.